

Rekonstruktion des Westens?

Aus europäischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2004

Ronja Kempin / Benjamin Schreer

Unaufhaltsam scheint »der Westen« auseinanderzudriften. Zu gegensätzlich sind nach Meinung vieler Experten die amerikanischen und europäischen Vorstellungen über die künftige Weltordnung. Dabei ist die internationale Sicherheit maßgeblich von der Rekonstruktion des Westens abhängig. Ob sie gelingt, bleibt in der Debatte umstritten.

Nach Ansicht von **David P. Calleo**, Professor der Washingtoner Nitze School of Advanced International Studies, geht der Westen schweren Zeiten entgegen. In *Survival* weist er auf das große Konfliktpotential hin, das die gegensätzlichen Visionen dies- und jenseits des Atlantiks über die künftige Ausgestaltung der internationalen Ordnung in sich berge. Zusätzlich öffne sich eine breite »geopolitische Kluft« innerhalb des Westens.

Calleo stellt zunächst die beiden »radikalen« Vorstellungen über die Weltordnung idealtypisch einander gegenüber. Die amerikanische Vision sei geprägt vom Streben nach unangefochtener Vormachtstellung im internationalen System, das er mit den Begriffen unipolar, hegemonial und unilateral charakterisiert. Erstmals in der modernen Geschichte strebe ein Staat nach einer globalen Ordnung, die nicht von einem Mächtegleichgewicht bestimmt sei. Diametral entgegengesetzt sei die pluralistische Vision der Europäer: multipolar, auf Gleichgewicht bedacht und multilate-

ral. Im Bestreben, die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu überwinden, sähen die Europäer ihren multilateralen Ansatz als Modell für die globale Ordnung. Dieses Spannungsfeld als Resultat gegensätzlicher Visionen sei eine ernsthafte Bedrohung für den Westen. Würden sich beide Ansätze bei der Lösung der weltpolitischen Probleme am Ende selbst blockieren, wäre dies eine »Tragödie für den Westen und die gesamte Welt«.

Grundlegende Anpassungen seien notwendig, um dieses Szenario zu vermeiden. Auf amerikanischer Seite müsse eine Wiedergeburt der alten Überzeugung erfolgen, daß ein starkes Europa im Interesse Amerikas sei. Zudem sei eine Selbstbeschränkung der eigenen Macht in den internationalen Beziehungen erforderlich. Bei Fortspinnen der »imperialen Phantasien« der politischen Elite drohe andernfalls auch innenpolitisch eine Destabilisierung des institutionellen Gefüges.

Die EU sieht Calleo grundsätzlich in einer Position, in der sie den neuen glo-

balen Herausforderungen besser begegnen kann. In einer immer komplexeren Welt müßten die zwischenstaatlichen Beziehungen in eine Ordnungsform überführt werden, die über jene von Nationalstaaten hinausreiche. Erforderlich sei dabei kein föderaler »Superstaat«, sondern eine Struktur, »welche den Nationalstaat zwar erhält, ihn jedoch an eine konföderative Einheit bindet, die traditionellen Mechanismen des Mächtigegleichgewichts verbunden bleibt«. Bei der Entwicklung dieser neuen Formspiele Europa »abermals eine Vorreiterrolle«. Denn Europas konstitutioneller und multilateraler Ansatz sei unter den neuen globalen Rahmenbedingungen um ein vielfaches erfolgsversprechender als die imperialistisch geprägte Herangehensweise der USA.

Letztlich hänge die globale Zukunftsfähigkeit des Westens jedoch von seiner Fähigkeit ab, diese unterschiedlichen Ansätze miteinander in Einklang zu bringen. Während die EU zu einer zentralen Komponente in Amerikas »globaler Verfaßtheit« werden müsse, sollten die Europäer die USA weiterhin als stabilisierenden Faktor ihrer eigenen Sicherheit begreifen. Für diesen gemeinsamen Balanceakt sei ein geeinigtes Europa notwendig. Der Autor bleibt jedoch insgesamt skeptisch, was die Erfolgsaussichten einer Rekonstruktion des Westens angeht.

Ähnlich pessimistisch äußert sich auch **Philip Gordon** von der Brookings Institution in Washington über den derzeitigen Zustand des Westens. Noch nie sei der Graben zwischen Amerikanern und Europäern so groß gewesen, wie er es heute sei, konstatiert er in seinem Beitrag in *Commentaire*. Und er drohe sich noch zu verbreitern, da nach der Wiederwahl von Präsident George W. Bush eine weitere Verschärfung der transatlantischen Spannungen nicht ausgeschlossen sei. Zwar habe es auch in der Vergangenheit erhebliche politische Divergenzen zwischen beiden Seiten des Atlantiks gegeben. Doch angesichts der weltpolitischen Herausforderungen gebe

die aktuelle tiefe Krise in den transatlantischen Beziehungen Anlaß zu großer Sorge.

Um weiteren Schaden abzuwenden und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückzufinden, schlägt Gordon einen »New Deal« vor. Grundlage einer solchen Neuformulierung der europäisch-amerikanischen Beziehungen ist für ihn ein selbstkritischer Lernprozeß auf beiden Seiten. Die Vereinigten Staaten müßten erkennen, daß die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht ohne internationale Legitimität und europäische Fähigkeiten bewältigt werden könnten. Gleichzeitig müsse Europa bereit sein, sich unter Führung der USA auch militärisch stärker zu engagieren.

Angesichts des zunehmenden amerikanischen Unilateralismus und des Strategiewechsels zugunsten des präventiven Einsatzes militärischer Macht sei die Skepsis der Europäer gegenüber einem solchen Neuanfang verständlich und berechtigt. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Irak sei aber nun die Zeit gekommen, aufeinander zuzugehen und auf die gemeinsamen Herausforderungen auch gemeinsame Antworten zu formulieren. Dies gelte für den Nahostkonflikt ebenso wie für den Klimaschutz und das iranische Atomprogramm. Gerade der Fall des Iran biete erhebliches Potential für eine Verbesserung der Zusammenarbeit. Bisher setzten Europäer auf das Zuckerbrot des konstruktiven Dialogs, während die Amerikaner ausschließlich mit der Peitsche wirtschaftlicher Sanktionen und militärischer Gewalt drohten. Doch nur eine abgestimmte Integration beider Ansätze könne die von beiden Seiten gewünschte Wirkung erzielen. Angesichts der enormen weltpolitischen Herausforderungen wäre es unverzeihlich, wenn beide Seiten nicht wieder aufeinander zu gingen.

Eine positivere Einschätzung der Möglichkeit einer Rekonstruktion des Westens gibt hingegen **Charles Kupchan**, Professor der Georgetown University in Washington. Für ihn hat die Entwicklung eines kohärenteren und handlungsfähigeren Europa das

Potential, die gegenwärtig schwer belasteten transatlantischen Beziehungen zu entspannen. Ausgangspunkt seines Aufsatzes in *Survival* ist die Annahme, daß sich die Integration der EU ungeachtet des derzeit weit verbreiteten Euroskeptizismus auf Erfolgskurs befindet. In historischer Perspektive sei die EU-Integration trotz der gegenwärtigen Probleme vergleichsweise weit fortgeschritten. Wie ein Blick in die amerikanische Geschichte zeige, sei die Entwicklung einer politischen Union ein langwieriger Prozeß, in dem mit Rückschlägen zu rechnen sei und dessen geopolitische Implikationen erst allmählich erkennbar würden.

Die erheblichen geopolitischen Konsequenzen der EU-Integration werden laut Kupchan in der Debatte über die Zukunft der atlantischen Beziehungen vielfach vernachlässigt. Maßstab für einen wachsenden geopolitischen Einfluß Europas insbesondere in Eurasien ist für den Autor dabei nicht die Fähigkeit der EU, mit den USA militärisch konkurrieren zu können. Dies sei auf absehbare Zeit unrealistisch. Vielmehr gewinne die EU schon infolge des Rückzugs der USA vom europäischen Kontinent und mit der fortschreitenden EU-Integration größeren Einfluß auf zentrale Staaten wie Rußland, die Ukraine oder die Türkei. Nicht die USA, so seine Schlußfolgerung, sondern die EU würde bald der einflußreichste Akteur im »strategischen Kernland« der internationalen Politik sein. Zudem stünden das breite europäische Engagement im Mittleren Osten sowie die stärkere politische und wirtschaftliche Präsenz in Ostasien zusehends in Konkurrenz zur amerikanischen Politik.

Das stärkere geopolitische Gewicht Europas habe dabei insofern eine enorme Tragweite, als die alte atlantische Sicherheitsordnung in Auflösung begriffen sei. Wie die Irakkrise gezeigt habe, bestehe kein Konsens mehr zwischen den USA und vielen europäischen Staaten über die Kernfragen von Krieg und Frieden. Das Verhalten Deutschlands, Frankreichs und Rußlands im UN-Sicherheitsrat im Kontext dieser

Krise sei bereits eine Form politischer Gegenmachtbildung gewesen. Zudem gewinne in Europa die Erkenntnis an Boden, daß sich die geopolitischen Interessen der USA in andere Regionen verlagerten und ein Rückgriff auf die traditionelle atlantische Allianz damit kaum mehr möglich sei.

Das wachsende geopolitische Gewicht Europas müsse indes nicht auf Kosten der atlantischen Gemeinschaft gehen. Im Gegenteil: eine auch militärisch handlungsfähigere EU könnte einen neuen strategischen Konsens mit den USA ermöglichen. So würde unter anderem die Grundlage für die gemeinsame Durchführung von Operationen im gesamten Einsatzspektrum geschaffen und eine Angleichung der Bedrohungswahrnehmungen gefördert.

Abschließend empfiehlt der Autor den Europäern, ihre Anstrengungen zu einer Vertiefung der Integration zu verstärken und zudem einen größeren Beitrag zu den Stabilisierungsoperationen in Afghanistan und Irak zu leisten. Die USA hingegen sollten den europäischen Integrationsprozeß stärker als bisher unterstützen und von ihrer unilateralistischen Politik abrücken.

Ein amerikanisches Imperium?

Inwieweit eine Neugründung des Westens möglich ist, hängt maßgeblich von der Ausgestaltung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Mit den Gefahren eines möglichen amerikanischen Imperiums befaßt sich Harvard-Professor **Stanley Hoffmann** in der *Internationalen Politik*.

Aus dem Irakkrieg zieht er drei zentrale Schlüsse. Erstens habe sich der Krieg als Pyrrhus-Sieg erwiesen. Nach dem schnellen militärischen Erfolg habe sich gezeigt, daß die Vorstellungen über die Nachkriegszeit und die Vorbereitungen darauf fast ausnahmslos unzureichend und verfehlt gewesen seien. Die Folge sei eine Rückkehr des »Vietnam-Syndroms«: Abermals verfolge eine amerikanische Regierung konfuse politische Ziele, herrsche Unverständnis über die Wahrnehmungen der Befreiten, gebe es

asymmetrische Auseinandersetzungen mit einem militärisch weit unterlegenen Gegner. Wie in Vietnam bleibe nur die Alternative zwischen einem politisch nicht vorstellbaren »würdelosen« Abzug und einer unrealistischen Bereitstellung zusätzlicher ausländischer Streitkräfte.

Zweitens hätten die USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ihre multilaterale Tradition schrittweise aufgegeben und der unilateralen Anwendung militärischer Macht einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert eingeräumt. Und das obwohl die Wirksamkeit von Macht in starkem Maße von der Autorität der USA abhängig sei. Sowohl die Terroristen als auch die ihnen den Krieg erklärenden Vereinigten Staaten seien so zu »Totengräbern einer sehr zerbrechlichen internationalen Ordnung« geworden.

Drittens hätten sich die USA von einer Demokratie in eine »Art populistische autoritäre Herrschaft« verwandelt. Verantwortlich zeichne ein Republikanismus, der nicht konservativ, sondern »radikal, utopisch und imperialistisch im Ausland, reaktionär und antiliberal im Innern« sei.

Dennoch sieht Hoffmann die Vereinigten Staaten langfristig wieder auf dem Rückweg zu einer multilateralen Politik. Denn aus mindestens zwei Gründen sei eine imperiale Politik weder wünschenswert noch umsetzbar. Erstens erforderten die globalen Probleme multilaterales Handeln. Voreilige Behauptungen, die USA seien bereits imperial, übersähen, daß der dazu nötige Wille unvereinbar sei mit der »Stimmung der amerikanischen Bevölkerung« und dem gegenwärtigen internationalen System. Zweitens seien die Amerikaner zu imperialer Politik nicht fähig, da sie Geduld, Wissen und enorme Mittel erfordere. Diese Voraussetzungen fehlten einer von anticolonialen Ursprüngen geprägten und auf innenpolitische Probleme konzentrierten Nation.

Daher prognostiziert Hoffmann, daß die Amerikaner die Gefahren einer imperialistischen Politik erkennen und daraus Konsequenzen ziehen würden. Eine solche

Politik sei unvereinbar mit den amerikanischen Werten und unterhöhle Amerikas Autorität im Ausland und die Institutionen im Inland. Für einen »verängstigten und verletzten« Nationalismus sei die imperiale Versuchung zwar groß, aber nicht unausweichlich.

Linke Falken

Einen anderen Aspekt amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik beleuchtet **Anatol Lieven** von der Carnegie-Stiftung in Washington. In den *Blättern für deutsche und internationale Politik* macht er die »linken Falken« unter den Demokraten mitverantwortlich für den Krieg gegen den Irak. Deren Gedanken zu sicherheitspolitischen Fragen, so seine These, seien nahezu deckungsgleich mit denen der Neokonservativen.

So hätten beispielsweise die liberalen Philosophen Paul Berman und George Packer weder den Krieg gegen den Irak noch dessen Besetzung abgelehnt, da sie den Irak als wichtigen »Frontabschnitt im Kampf gegen den Terrorismus« begreifen. Sie kritisierten jedoch Art und Weise der Kampfführung und würfen der Bush-Regierung vor, die Bedeutung von »Ideen« in diesem Kampf zu vernachlässigen. Wie die Vereinigten Staaten den Kalten Krieg durch die Förderung liberaler Ideen gewonnen hätten, so müsse nach Berman und Packer die Regierung jetzt mit kulturellen und nicht-militärischen Mitteln um die Herzen und Köpfe der islamischen Welt kämpfen.

Bei allem Einverständnis mit den Grundsätzen dieser Position wirft Lieven den linken Falken »historischen Analphabetismus« und »liberalen Imperialismus« vor. Sie brandmarkten säkularen Radikationalismus und islamischen Fundamentalismus unterschiedslos als islamischen Totalitarismus und ignorierten die Bedeutung ethnisch-religiöser Einstellungen in der Region. Feindseligkeiten gegenüber den USA würden ebenso ausgeblendet wie spe-

zifische historische Prozesse der Demokratisierung und Modernisierung. Die Strategie der Demokratisierung finde bei den linken Falken ebensowenig Rückkoppelung an die Region wie bei den Neokonservativen. Zwar unterscheide sich der »progressive Internationalismus« der linken Falken in bestimmten Themenfeldern von dem der nationalistischen Rechten, etwa in der Umweltpolitik, der Entwicklungshilfe und hinsichtlich multilateraler Vertragswerke. Doch bei der Führung des Krieges gegen den Terrorismus und der Gewaltanwendung zwecks »Weltverbesserung« böten die »progressiven Internationalisten« keine wirkliche Alternative zur Politik der Bush-Administration.

Lievens radikaler Ratschlag an die linken Falken ist daher, möglichst schnell ins Lager der Republikaner zu wechseln, um Schaden von den Demokraten abzuwenden. Üben sie ihren Einfluß weiterhin aus, würden sie es der Partei erheblich schwerer machen, sich als klare politische Alternative zu den Republikanern zu profilieren. Zudem könnte eine ernsthafte innenpolitische Debatte über die Zukunft der Außenpolitik kaum stattfinden, insbesondere im Hinblick auf die Strategie im Mittleren Osten und den Krieg gegen den Terrorismus. Die Demokratische Partei vom Einfluß der liberalen Falken zu befreien werde jedoch extrem schwierig sein. Denn der von ihnen vertretene Stil eines sendungsbewußten und muskelspielenden Nationalliberalismus sei sowohl in der Geschichte der Partei als auch in der politischen Kultur Amerikas tief verwurzelt.

China als Streitapfel?

Keine guten Aussichten also für eine neue Harmonie in den transatlantischen Beziehungen, die in der praktischen Politik auch durch zunehmend divergierende Interessen in der China-Politik belastet werden könnten. **Marianne Péron-Doise** vom Pariser Institut National des Langues et Civilisations Orientales jedenfalls sieht China als

nächsten Anstoß erheblicher transatlantischer Differenzen. In *Politique Étrangère* stellt sie fest, daß Brüssel das Reich der Mitte in erster Linie als wichtigen Wirtschaftsfaktor betrachtet und durch einen gemeinsamen Diskurs über die multipolare Weltordnung nach politischer Konvergenz mit Peking strebt.

Im Gegensatz dazu betrachteten die USA China als aufstrebende militärische Macht, die das strategische Gleichgewicht im internationalen System potentiell bedrohe, nicht zuletzt durch eine aktive Weiterverbreitung von Waffen in Südostasien, eine Praxis, die in der europäischen China-Politik keinerlei Erwähnung finde. Ein weiterer Konfliktpunkt sei die mögliche Aufhebung des gegen China verhängten Waffenembargos der EU. Aus Sicht Washingtons sei dies ein falscher Schritt, da Peking in der Folge den technologischen Rückstand seiner Streitkräfte verringern könne und damit zur Destabilisierung der globalen Sicherheit beitragen würde. Washington versuche dementsprechend, Europa von einer solchen Maßnahme durch die Drohung abzuhalten, die militärische Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern einzustellen.

Péron-Doise verteidigt die China-Politik der EU, vor allem weil sie Peking einen zentralen Stellenwert bei der Schaffung einer multipolaren internationalen Ordnung einräume. Damit würde ein wichtiger Gegenpol zum unilateralen Ansatz der USA gebildet. Gleichwohl warnt sie die Europäer vor der Gefahr, zum Spielball chinesischer Großmachtambitionen zu werden. Dieser Gefahr könne die EU nur enttrinnen, wenn sie sich wieder auf eine stärkere Abstimmung ihrer China-Politik mit jener der USA besinne.

Welcher Motor für Europa?

Wie stehen die Chancen für die vielfach angemahnte Stärkung des europäischen Pfeilers im transatlantischen Verhältnis? **François Heisbourg**, Direktor der Pariser

Fondation pour la Recherche Stratégique, spricht sich im *International Spectator* für einen Kurswechsel in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Notwendig sei in erster Linie eine Abkehr von der zu starken Konzentration auf das deutsch-französische Verhältnis als Motor der europäischen Sicherheitspolitik.

Denn obwohl Deutschland und Frankreich mit ihrer gemeinsamen Ablehnung des amerikanisch geführten Irakkriegs die traditionellen Differenzen zwischen einem gaullistisch geprägten Paris und einem atlantisch ausgerichteten Berlin in gemeinsamen europapolitischen Initiativen aufgehoben hätten, sei die Beziehung zwischen beiden Staaten abgenutzt und nicht länger imstande, die Entwicklung der europäischen Sicherheit zu bestimmen.

Die Zurückweisung zahlreicher deutsch-französischer Integrationsvorschläge durch die übrigen europäischen Staaten führt Heisbourg auf die erste Amtszeit Chiracs von 1995 bis 2001 zurück, die das Tandem in eine tiefe Krise gestürzt habe. Andere Staaten – Spanien, Italien und Großbritannien – hätten in dieser Zeit Führungsrollen im europäischen Integrationsprozeß übernommen und maßgeblich zur europäischen Sozialisation der neuen Mitgliedsländer beigetragen.

Bei allen Vorbehalten kommt Heisbourg zu dem Ergebnis, daß es eine tragfähige Alternative zu einer starken deutsch-französischen Dimension nicht gibt. Die deutsch-französische Vorreiterrolle müßte jedoch durch eine Kombination aus neuen Schwerpunkten und neuen Rahmenbedingungen ersetzt werden. Europa müsse heute dringender denn je die unmittelbaren Bedrohungen seiner territorialen Integrität und die Allianzbeziehungen zu den USA reformulieren. Bestrebungen Deutschlands und Frankreichs, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu Washington zu verbessern, müßten zugunsten einer Revitalisierung der europäisch-amerikanischen Partnerschaft aufgegeben werden. Schließlich könne die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nicht

länger isoliert von der inneren Sicherheit Europas betrachtet werden. Es sei höchste Zeit, die Lehren aus den Anschlägen von Madrid für die ESVP zu ziehen.

Diese Schwerpunkte der künftigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnten nur dann wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden, wenn die bisherige deutsch-französische Achse um Großbritannien und Polen erweitert werde. Der von Paris und Berlin eingeschlagene Kurs, sich in Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger mit Großbritannien abzustimmen, greife aus zwei Gründen zu kurz: zum einen sei diese Dreierbeziehung geographisch auf Westeuropa beschränkt; zum anderen verfügten diese drei Staaten über starke Verteidigungsindustrien, was ihre Interessen von jenen der übrigen »Importeure« von Rüstungsgütern unterscheide. Sollte Polen in absehbarer Zeit den europäischen Integrationsprozeß aktiv unterstützen, sei seine Aufnahme in die Avantgarde der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geboten.

Ob eine stärkere Einbindung Großbritanniens in die Integration europäischer Sicherheitspolitik erfolgen wird, erscheint jedoch fraglich. **Tim Dunne** von der Exeter-Universität gibt sich in der Zeitschrift *International Affairs* jedenfalls überzeugt, daß der Atlantizismus auch nach dem Irakkrieg der zentrale Eckpfeiler der britischen Sicherheitspolitik bleiben wird. Mehr noch: Seit dem 11. September 2001 werde die Sicherheitspolitik Londons durch eine wieder auflebende »atlantische Identität« geprägt. Eine auf Internationalismus ausgerichtete Sicherheitspolitik sei dagegen in den Hintergrund gerückt.

Die Irakkrise habe den tiefverwurzelten Glauben Londons an den übergeordneten Stellenwert der britisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft deutlich erkennen lassen. Ungeachtet der Tatsache, daß die enge Bindung an die USA die britischen Beziehungen zur EU erheblich belasten und Risse im Gefüge der internationalen Gemeinschaft verursachen würde, hätte sich

die Regierung Blair für eine Kriegsbeteiligung entschieden. Dabei, so Dunne, hätte ihr Handeln zwei Kehrseiten der »besonderen Sicherheitspartnerschaft« mit den USA beleuchtet.

Erstens konnte London als Gegenleistung für seine Gefolgschaft nur den Zeitpunkt, nicht jedoch den Gehalt der Entscheidung Washingtons beeinflussen. Präsident Bush sei zwar bereit gewesen, die Irakfrage in den Vereinten Nationen zu behandeln, habe sich jedoch nicht durch den Mangel an völkerrechtlicher Legitimität von einer Militäroperation abschrecken lassen. Zweitens stellt der Autor in Abrede, daß London keinerlei Möglichkeit gehabt habe, der »Supermacht« die bedingungslose Unterstützung zu verweigern. Der Anschein der Alternativlosigkeit der Entscheidung für eine Kriegsteilnahme habe indes auf der vorgefaßten Überzeugung beruht, daß den britischen Interessen eine »atlantische Identität« zugrunde liege.

Die gegenwärtige britische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erkläre sich daher weiterhin aus dem impliziten Glauben der Regierung Blair an eine »bindende Verpflichtung, die militärische Macht der USA zu stützen«. Wie neuere Strategiedokumente der britischen Regierung belegten, sei London überzeugt, daß eine Anpassung an die unilateralistische Stoßrichtung der amerikanischen Außenpolitik im eigenen Interesse sei. Folglich würden Großbritanniens Positionen in europäischen Verteidigungsfragen weiterhin maßgeblich von der Orientierung an amerikanischen Präferenzen bestimmt. Dies komme auch in der Angleichung zentraler Elemente der britischen Militärdoktrin an jene der USA sowie in den angestrebten Zielen der Streitkräftemodernisierung zum Ausdruck.

Abschließend verweist Dunne in Anlehnung an Robert Kagan darauf, daß Großbritannien aufgrund seiner atlantischen Identität mehr dem »Mars« Amerikas zugehöre als der »Venus« Europas. Die Trennlinie zwischen Mars und Venus durchziehe nicht den Atlantik, sondern den Ärmelkanal.

Vorgestellte Aufsätze

- Calleo, David P.**, The Broken West, in: *Survival*, 46 (Herbst 2004) 3, S. 29–38
- Dunne, Tim**, 'When the Shooting Starts': Atlanticism in British Security Strategy, in: *International Affairs*, 80 (2004) 5, S. 893–909
- Gordon, Philip H.**, Pour un new deal: Lettre à mes amis français sur l'Europe et l'Amérique, in: *Commentaire*, 27 (Winter 2004–05) 108, S. 915–921
- Heisbourg, François**, The French-German Duo and the Search for a New European Security Model, in: *International Spectator*, 39 (2004) 3, S. 61–72
- Hoffmann, Stanley**, Die Gefahren des Imperiums, in: *Internationale Politik*, 59 (Oktober 2004) 10, S. 39–48
- Kupchan, Charles A.**, The Travails of Union: The American Experience and Its Implications for Europe, in: *Survival*, 46 (Winter 2004–05) 4, S. 103–119
- Lieven, Anatol**, Liberal Hawk Down – Wider die linken Falken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2004) 12, S. 1447–1457
- Péron-Doise, Marianne**, La Chine, l'Europe et les États-Unis, in: *Politique Étrangère*, 69 (Winter 2004–05) 4, S. 821–831

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380